

## Beschluss Sondervermögen sinnvoll einsetzen: Verkehrswende, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und Klimaschutz statt Autobahn- und Straßenneubau

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

### Antragstext

1 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt den Beschluss  
2 des Bundestages und des Bundesrates zur Änderung des Grundgesetzes und  
3 Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben.

4 Insbesondere zu begrüßen ist der Beschluss zur Einrichtung eines Infrastruktur-  
5 Sondervermögens in Höhe von 500 Mrd. Euro sowie die Erweiterung des  
6 Finanzierungsspielraums der Länder. Dies entspricht zentralen finanzpolitischen  
7 Forderungen der GRÜNEN u.a. im vergangenen Bundestagswahlkampf.

8 Auch der Beschluss zur erleichterten Finanzierung von Ausgaben für Verteidigung  
9 und äußerer Sicherheit sowie zur Unterstützung angegriffener Staaten ist in  
10 dieser weltpolitischen Lage nur zu unterstützen.

11 Insgesamt versetzen uns die Beschlüsse endlich in die Lage, endlich zu beginnen,  
12 den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitions- und Modernisierungstau  
13 aufzulösen. Sie entsprechen dem Investitionsbedarf von rund 600 Milliarden Euro,  
14 den das Institut der Deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr errechnet hat -  
15 vor allem für die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, Verkehrswege mit  
16 Schwerpunkt Schiene und die Dekarbonisierung der Industrie.<sup>1</sup>

17 Der grünen Bundestagsfraktion ist es durch ihre harte Verhandlungsstrategie  
18 gelungen, den Klimaschutz mit 100 Mrd. Euro hinterlegt als Zweckbestimmung zu  
19 verankern. Nicht zuletzt sichert dies auch die Zukunft wichtiger  
20 Transformationsprojekte wie zum Aufbau einer klimaneutralen Stahlproduktion bei  
21 der Salzgitter AG. Grünem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Kredite in  
22 zusätzliche Zukunftsinvestitionen fließen werden und nicht der Finanzierung  
23 schwarz-roter Wahlgeschenke dienen.

24 Dabei kritisieren wir sehr deutlich, dass wir solche weitreichenden Beschlüsse  
25 nun unter höchstem Zeitdruck und in einem bereits abgewählten Bundestag treffen  
26 mussten. Dies liegt ausschließlich in der Verantwortung der Union und der FDP,  
27 die sich bis zur Wahl - und in Teilen darüber hinaus - den finanzpolitischen  
28 Realitäten nicht stellen wollten. Dem Land und der öffentlichen Debatte haben  
29 beide Parteien damit schwer geschadet.

30 Spielräume für Zukunftsausgaben nutzen

31 Nicht vergessen werden darf, dass es sich bei dem zusätzlichen Spielraum um  
32 Kredite handelt, die von zukünftigen Generationen zu tragen sein werden. Deshalb  
33 steht es aus grüner Sicht außer Frage, dass dieser Spielraum ausschließlich für  
34 Maßnahmen genutzt werden darf, von denen zukünftige Generationen einen konkreten  
35 Nutzen haben werden.

36 Ein großer Teil der beschriebenen Investitionsbedarfe liegt im Bereich der  
37 kommunalen Infrastruktur. Die Kommunen, die in den vergangenen Jahren sehr unter  
38 der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu leiden hatten, müssen in jedem Fall

39 angemessen an den neuen, zusätzlichen Spielräumen beteiligt werden. Auch der  
40 Bund wird dies stärker als bisher geplant berücksichtigen müssen.

41 Für uns steht die klimagerechte Sanierung der öffentlichen Infrastruktur im  
42 Zentrum, die Förderung der klimaneutraler Industrien, Bildung und Gesundheit.  
43 Auf keinen Fall dürfen die Mittel in Bereiche und Industrien fließen, die den  
44 Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen und bisherige, nicht  
45 zukunftsfähige Entwicklungen zementieren. Eine Mittelverwendung für den  
46 Straßenneubau, insbesondere den Neubau und Ausbau von Autobahnen und  
47 Bundesstraßen lehnt der Landesverband ab.

48 Dabei wollen wir den doppelten Nutzen dieser großen Infrastrukturprogramme  
49 nutzen, um durch die öffentliche Nachfrage gezielt grüne Leitmärkte für  
50 nachhaltig erzeugte Industriegüter zu schaffen. Wir selbst haben es in der Hand,  
51 dass Produkte wie grüner Stahl kurzfristig und bereits vor dem Inkrafttreten  
52 eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs wirtschaftlich werden. So kann aus diesem  
53 Infrastrukturprogramm auch ein grünes Konjunkturprogramm werden, um gute  
54 Arbeitsplätze und nachhaltige Wertschöpfung langfristig zu sichern.